„Wandel durch Annäherung“

Die Große Koalition von 1966 markierte das Ende der vermufften Adenauer-Zeit und den Übergang zur ersten sozial-liberalen Reformkoalition. Vor allem aber glänzte sie durch neue Köpfe und Ideen. ***Von Hartmut Palmer***

Es war ein schwüler Sommertag im Jahre 1967. Die Luft lag wie Blei über dem Rheintal, kein Wind bewegte die Baumkronen im Kanzlerpark.

Der Bonner Fotograf Josef („Jupp“) Darchinger hatte gerade im Palais Schaumburg, damals Amtssitz des Bundeskanzlers, zu tun. Als er das Haus verließ, raunte ihm ein Mitarbeiter der Pressestelle zu: „Gehen Sie mal nach hinten, in den Park.“

Was der heute 80-Jährige, der jahrzehntelang für den SPIEGEL unterwegs war, dort sah, war eine mittlere Sensation: Unter einer mächtigen Platane, an einem riesigen ovalen Tisch, saß das Bonner Kabinett. Die schwarz-rote Koalition unter dem CDU-Kanzler Kurt Georg Kiesinger und seinem SPD-Vize Willy Brandt tagte im Grünen. Das hatte es bis dahin in der rheinischen Nachkriegsrepublik noch nicht gegeben.

Heute wäre ein solcher Freilichttermin ein großes Medienspektakel. Damals waren außer Darchinger nur zwei weitere Fotografen zugegen, später eilte der Fernsehjournalist Friedrich Nowottny mit einem Kameramann herbei. Auch er – damals WDR-Korrespondent – hatte eher zufällig Wind von der Sache bekommen.

Am Tisch herrschte eine ausgesprochen entspannte und frohe Stimmung. Man frotzelte, Witze flogen hin und her. Solange Darchinger und seine Kollegen ihre Bilder machten, behielten die Herren allerdings ihre Jacketts an. So viel Etikette musste damals noch sein.

Die Szene im Park ging in die Geschichtsbücher ein, als optische Chiffre für eine Umbruchphase der noch jungen Bundesrepublik: Einerseits überdeckte die schwarz-rote Runde alte Feindbilder und bediente das Bedürfnis der Deutschen nach parteiübergreifender Harmonie. Andererseits aber bestärkte sie den Argwohn derer, die in der „Elefantenhochzeit“ einen demokratischen Sündenfall sahen.

Wie sollte das zusammenpassen? Der Ex-Nazi Kiesinger in trautem Zwiegespräch mit dem von den Nazis ins Exil getriebenen Sozialdemokraten Brandt. Der krachlederne Ober-Bayer und Kommunistenfresser Franz Josef Strauß (CSU) neben dem einstigen Kommunisten Herbert Wehner (SPD). Der ehrpusselige Gustav Heinemann (SPD), der 1950 als Innenminister wegen verfassungsrechtlicher Bedenken

Schwarz-rote Kabinettssitzung im Park des Palais Schaumburg 1967: Optische Chiffre für eine

gegen die von Konrad Adenauer betriebene Wiederbewaffnung zurückgetreten war, an einem Tisch mit Hermann Höcherl (CSU), der öffentlich bekannte, er könne nicht dauernd „mit dem Grundgesetz unterm Arm“ herumlaufen. Größere Gegensätze waren kaum denkbar.

Dass der ehemalige SPIEGEL-Journalist Conrad Ahlers als Sprecher in eine Regierung wechseln konnte, der auch Strauß angehörte, war ebenfalls eine Sensation. Vier Jahre zuvor war Ahlers – ebenso wie sein Chef Rudolf Augstein – auf Betreiben von Strauß rechtswidrig eingelocht worden, was zur SPIEGEL-Affäre und dem Rücktritt des Bayern vom Amt des Verteidigungsministers geführt hatte.

Die öffentliche Erregung über die Große Koalition war beträchtlich. Besonders auf der Linken war die Empörung groß. „Einige meiner besten Freunde – auch außerhalb der Partei – waren entsetzt“, notierte der Sozialdemokrat Brandt später in seinen Erinnerungen. Der Schriftsteller Günter Grass beispielsweise geißelte das Bündnis als „miese Ehe“.

Von Machtkartell und Proporzdemokratie war die Rede. Man befürchtete ein gefährliches Übergewicht der Exekutive und prophezeite Demokratiedefizite, weil die Opposition nicht stark genug sei, die Regierung zu kontrollieren. Die Extreme würden gestärkt, die Mitte werde geschwächt, so lautete der Generalvorwurf.

Besonders vehement klagten die Liberalen, die mit einer Unterbrechung von vier Jahren immer mitregiert hatten und jetzt sogar fürchten mussten, durch eine – zwischen Union und SPD fest verabredete Wahlrechtsreform – dauerhaft aus dem Parlament katapultiert zu werden.

J. H. DARCHINGER

Umbruchphase der noch jungen Bundesrepublik

DPA

Koalitionäre Brandt, Kiesinger (1966)
Verlustgeschäft für die Union

Aus der Rückschau fallen die Urteile ganz anders aus. Die Große Koalition, darin sind sich die Gelehrten heute weitgehend einig, war weitaus besser als ihr Ruf – ungeliebt zwar, aber erfolgreich. Sie brachte frischen Wind und neue Ideen in die Republik und markierte den Übergang von der vermufften Adenauer-Ära zur ersten sozial-liberalen Reformkoalition.

Dabei gehört es zur List (oder zur Ironie) der Geschichte, dass ausgerechnet diejenigen, die sie seinerzeit am heftigsten bekämpften – die 68er-Generation, Gewerkschafter und Liberale – später am nachhaltigsten von ihr profitierten. Umgekehrt gerieten die Konservativen, die das Bündnis anstrebten, um ihre Macht zu sichern, bis Anfang der achtziger Jahre ins machtpolitische Abseits. So gesehen war die Liaison mit den Sozialdemokraten für die Union ein Verlustgeschäft.

Weniger bekannt ist die Vorgeschichte. Über den 1966 schließlich besiegelten Pakt wurde schon fünf Jahre zuvor in diversen Kungelrunden verhandelt. Ausgerechnet Adenauer, der noch im April 1961 ein Bündnis mit der SPD schroff ausgeschlossen hatte, ergriff wenige Monate später, im September, die Initiative dazu – nicht etwa, weil er die als „fünfte Kolonne Moskaus“ geschmähte SPD plötzlich lieb gewonnen hätte, sondern um die eigene Herrschaft zu sichern und die FDP loszuwerden.

Die Liberalen hatten nämlich im Wahlkampf erklärt, ein weiteres Mal wollten

LEHNARTZ / ULLSTEIN BILDERDIENST

Protestdemonstration der Außerparlamentarischen Opposition*: Generalverdacht gegen die Generation der Verschweiger und NS-Mitläufer

sie den inzwischen 85-jährigen Patriarchen nicht mehr als Regierungschef akzeptieren. Adenauer war empört. Über einen Emissär, den CSU-Abgeordneten Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, ließ er bei Herbert Wehner vorfühlen, ob und unter welchen Bedingungen es mit der SPD eine Koalition geben könne. Als Wehner Gesprächsbereitschaft signalisierte, kam es sogar zu einem Treffen zwischen Adenauer, Wehner, Brandt und Erich Ollenhauer, dem damaligen SPD-Chef.

Wehner war genau die richtige Adresse. Er hatte nie einen Hehl daraus gemacht, dass er die SPD regierungsfähig machen wollte. Er glaubte, dass dies nur im Bündnis mit der Union gelingen könne. Bereits 1957 hatte er mit dem späteren Kanzler Kiesinger vertraute Bande geknüpft. Als der Schwabe, bis dahin Bundestagsabgeordneter in Bonn, ein Jahr später nach Stuttgart wechselte, um dort Ministerpräsident zu werden, schickte Wehner ihm ein schmeichelhaftes Telegramm hinterher: „Bonn ist ärmer geworden ohne Sie."

Der Historiker Daniel Körfer nennt dies heute etwas pathetisch „die geheime Gründungsurkunde der Großen Koalition". Man kann es auch machtpolitische Anbiederei nennen. Wehner, schreibt Körfer, habe das, was Brandt und Egon Bahr für die Ostpolitik formulierten, innenpolitisch umgemünzt: „Wandel durch Annäherung – Annäherung an die Union."

Der Vorschlag, mit dem Adenauer 1961 die SPD-Oberen köderte, war ganz nach Wehners Geschmack: Per Grundgesetzänderung sollte nach britischem Vorbild das Mehrheitswahlrecht eingeführt und damit die FDP ausgeschaltet werden.

Die SPIEGEL-Affäre im November 1962 durchkreuzte alle Pläne. Bis dahin waren die Gespräche schon weit gediehen. Auch Bundespräsident Heinrich Lübke, wie Wehner ein heftiger Befürworter der Großen Koalition, war beteiligt. Die SPD-Führung wollte sogar Adenauer als Kanzler akzeptieren. Nach dem Presseskandal aber kam ein Ministeramt für Strauß nicht mehr in Frage. Und ohne ihren Chef wollte (oder durfte) die CSU nicht mitmachen. Deshalb platzte die Sache im Dezember 1962 endgültig, zumal auch die Liberalen ihren Widerstand gegen Adenauer aufgegeben hatten.

Das historische Vorgeplänkel ist heute in Vergessenheit geraten. Es bestätigt aber im Nachhinein den Argwohn der Kritiker, dass es den damals handelnden Akteuren nicht um große Reformen zum Wohle der Republik ging, sondern ausschließlich um die Macht.

Machterhalt und Machtgewinn – darum ging es auch vier Jahre später SPD und CDU/CSU. Im Sommer 1966 hatte die CDU die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verloren. Und erstmals ging in der Bundesrepublik das Gespenst der Rezession um. Das Baugewerbe und die Automobilindustrie schrumpften. Der Wirtschaft ging es schlecht.

Gemessen an heutigen Verhältnissen freilich war die damalige Flaute eine Minikrise. Der Haushalt wies ein Defizit von drei Milliarden Mark aus. Die Wirtschaftslage war denn auch für viele Unions-Granden nur ein Vorwand, um ihren glücklosen Kanzler Ludwig Erhard in den Rücktritt zu treiben.

Konrad Adenauer – längst emeritiert – hatte sein Ziel erreicht: Der ungeliebte Nachfolger war zur Strecke gebracht („Hauptsache, et is einer wech"), und den aufmüpfigen Liberalen drohte mit dem Mehrheitswahlrecht das Aus. Zufrieden gab der Alte aus Rhöndorf dem neuen Bündnis seinen Segen: „Ich halte die Große Koalition für die einzig mögliche Lösung in unserer schwierigen Lage."

Adenauer sah die Große Koalition als „einzig mögliche Lösung in unserer schwierigen Lage".

Das sah man auf der linken Seite ganz anders. Die jungen Leute, die in den Universitätsstädten gegen den „Muff von 1000 Jahren" aufbegehrten, Rektorate besetzten, gegen den Großverleger Axel Springer, den Vietnam-Krieg und das Großkapital auf die Straße gingen, demonstrierten allerdings nicht nur gegen

* Am 27. November 1967 in Berlin mit Studentenführer Rudi Dutschke (3. v. l.).

die politischen Verhältnisse in Bonn. Der Protest der 68er galt vor allem der – damals noch tonangebenden – älteren Generation. Sie wurde kollektiv verdächtigt, die Gräuel der NS-Zeit nicht nur ermöglicht, sondern später auch verharmlost und verschwiegen zu haben.

Die geplanten Notstandsgesetze, die der Exekutive im Krisenfall weitgehende Rechte geben sollten, standen unter dem Generalverdacht, eine Neuauflage von Adolf Hitlers Ermächtigungsgesetz zu sein, was – wie sich bald herausstellte – natürlich Unsinn war.

Die Protagonisten des neuen Bündnisses bekamen den Protest sogar am eigenen Leib zu spüren. Wegen seiner früheren NSDAP-Mitgliedschaft wurde Kanzler Kiesinger, einst Rundfunkreferent in Hitlers Außenministerium, 1968 auf dem Parteitag der CDU von der Antifaschistin Beate Klarsfeld öffentlich geohrfeigt. Herbert Wehner verlor bei einem Handgemenge mit Apo-Demonstranten, die ihm in Nürnberg den Weg zur Parteitagshalle versperrten, zwei Zähne.

Beim Rest der Bevölkerung kam die Koalition der beiden Volksparteien allerdings viel besser an. Der Elan, mit dem die neuen Regenten sich an die Arbeit machten, und die Erfolge, die sich kurzfristig einstellten, überzeugten mehr als die Unkenrufe der linken Intellektuellen. Schon im Januar 1967 – einen Monat nach dem Amtsantritt des neuen Kanzlers – maßen die Demoskopen eine ungewöhnlich hohe Zustimmung: Laut „Infas“ bejahten 63 Prozent der Bürger die Polit-Ehe.

Es war Karl Schiller, dem sie ihren Mythos verdankte. Seine Wirtschaftspolitik wurde das strahlende Markenzeichen der Koalition. Der sozialdemokratische Professor aus Hamburg, ein überzeugter Anhänger des britischen Ökonomen John Maynard Keynes, setzte eine antizyklische Konjunkturpolitik durch. Dank seiner Wortgewalt fanden neue Begriffe Eingang in die deutsche Alltagssprache. Plötzlich redeten die Leute wie selbstverständlich von „Mifrifi“ (mittelfristige Finanzplanung) und „Globalsteuerung“, von „stabilitätsorientierter Wirtschaftspolitik“ und „Konzertierter Aktion“.

Nicht minder gepriesen wurde die von Schiller und Strauß ersonnene neue Finanzverfassung – die sich allerdings als hochproblematisch erwies. Sie organisierte die Verteilung von Steuern zwischen Bund und Ländern völlig neu und regelte auch die Finanzierung sogenannter Gemeinschaftsaufgaben.

Damals war dies ein gewaltiger Fortschritt. Es gab mehr Planungssicherheit für die Länder. Inzwischen aber gilt die seinerzeit beschlossene Finanzverfassung als schwerste Erblast der schwarz-roten Jahre.

Im Ergebnis führte sie nämlich dazu, dass die Zuständigkeiten in Steuer- und Finanzfragen so vermengt wurden, dass heute nahezu jedes Steuergesetz, das der Bund erlässt, der Zustimmung der Länder bedarf.

Erfolgreicher war die Große Koalition auf dem Felde der Außenpolitik: Erste zaghafte Versuche, das verkrampfte Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik zu lockern, scheiterten zwar noch am Widerstand der Union. Aber Willy Brandt, der sich anfangs heftig gegen die Elefantenhochzeit gesträubt hatte, war einer ihrer größten Profiteure. Als Außenminister konnte er sich bestens vorbereiten. Als er nach drei Jahren Kanzler wurde, hatte er das Konzept seiner Ost- und Entspannungspolitik fertig, das ihm nicht nur den Friedensnobelpreis einbrachte, sondern auch den Ruf, einer der größten Kanzler der Bundesrepublik zu sein.

Willy Brandt sträubte sich anfangs heftig gegen die Elefantenhochzeit. Dann wurde er einer ihrer großen Profiteure.

„Unser Erfolgsrezept war“, schwärmt Horst Ehmke (SPD), damals einer der neuen Mitspieler auf der Bonner Bühne, „dass die Personenkombination funktionierte.“

Das Personal war in der Tat beeindruckend. Unter der Führung von Kiesinger und Brandt hatten die Koalitionsparteien ihre Besten aufgeboten. Legendär wurde vor allem das Duo Strauß und Schiller – ob der öffentlich zelebrierten Harmonie bald „Plisch und Plum“ genannt. Sie sanierten die Staatsfinanzen und sorgten mit Konjunkturprogrammen, die Ludwig Erhard immer abgelehnt hatte, für einen Wirtschaftsaufschwung.

Daneben gab es viele unverbrauchte Gesichter: bei der CDU den jungen Gerhard Stoltenberg, später Ministerpräsident in Kiel und Minister unter Kohl. Bei der SPD den scharfzüngigen Ehmke und den spröden Linken Erhard Eppler, der zu seiner eigenen Überraschung den CSU-Haudegen Strauß als „einen der interessantesten und angenehmsten Kollegen“ erlebte.

Stars glänzten aber nicht nur in der Regierung, sondern auch im Bundestag. Entgegen einem verbreiteten Vorurteil schränkte die Große Koalition den Spielraum der Volksvertreter nicht ein. Im Gegenteil: Die Fraktionschefs von CDU/CSU und SPD, Rainer Barzel und der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt, konnten sich auf ihren Posten stärker profilieren als die meisten Amtskollegen vor und nach ihnen.

In der Geschichte der Bundesrepublik habe das Parlament „niemals eine derart eigenständige Rolle und ein so entscheidendes Gewicht gegenüber der Regierung gehabt“ wie in den drei Jahren der Großen Koalition, resümierte Schmidt später.

Auch Barzel ist immer noch voll des Selbstlobes: „Die damalige Große Koalition wurde zu einer der erfolgreichsten Zeiten unserer Demokratie.“

BPK

Kabinettskollegen Strauß, Schiller (1967): Beeindruckendes Personal

Als schweren Fehler allerdings kreidet sich der Christdemokrat heute an, dass die Reform des Wahlrechts – das eigentliche Hauptanliegen der Großkoalitionäre – scheiterte. Wenn es, wie in Großbritannien oder in den USA, nur noch eine Mehrheits- und eine Minderheitsfraktion im Bundestag gäbe, dann wäre, so Barzel, „der Zwang zur Koalition aufgebrochen“. Es herrschten klare Verhältnisse.

Aber auch die Geschichte dieses Landes wäre dann wohl eine ganz andere geworden. ◆